Festrede von

EVA MENASSE

anlässlich der Ausstellungseröffnung HIER KREISKY! im Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog am 12. November 2026



ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Meine Damen und Herren,

Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht: Aber wenn ich an Bruno Kreisky denke, ist das erste und stärkste Gefühl, wie sehr er fehlt. Die Welt sechsunddreißig Jahre nach seinem Tod scheint unendlich weit entfernt von jener, die er im Sinn gehabt, für die er sein Leben lang gekämpft hat. Nicht einmal seine Ziele werden mehr verlässlich geteilt: das Streben nach internationaler Zusammenarbeit, die Garantie universaler Menschenrechte und ein halbwegs funktionierendes Völkerrecht. In letzter Zeit fallen Regierungen wie die österreichische und die deutsche immer wieder davon ab. Sie, also wir, schwächen damit die internationalen Gerichtshöfe und unterminieren unsere eigenen Prinzipien. Kreisky dagegen stand für diese Prinzipien, für Verlässlichkeit und eine Welt, in der mit aller Kraft für Frieden gesorgt werden sollte – mit der Kraft der Diplomatie, nicht der von Waffen. Das alles aufzuzählen fühlt sich fast ein wenig lächerlich an, als wäre ich eine Märchenerzählerin, die naiv an ein Gutes glaubt, das es angeblich nie gegeben hat.

Würde Bruno Kreisky, wenn man ihn aus dem ewigen Schlaf zurückholen könnte, die heutige Welt überhaupt wiedererkennen? Eine Welt, in der inzwischen teilweise eingetreten ist, was Europol, die Strafverfolgungsbehörde der EU, schon vor Jahren befürchtet hat: Dass eine Mehrheit der Menschen *nicht mehr dieselbe Realität* teilt? Bitte lassen Sie diese trocken-technische Formulierung nicht einfach durchschlüpfen: Denn was bedeutet das? Es bedeutet, dass eine wesentliche Anzahl von Menschen, also Wählern, Fake News, Irrationalismus und Verschwörungserzählungen aufsitzt und auf herkömmlichen Wegen nicht mehr zu erreichen ist. Freundliche Nachbarn wählen rassistische, rechtsextreme Parteien, weil sie ernsthaft glauben, dass sonst in Europa als nächstes die Islamisten übernehmen.

Menschen, die dasselbe Bildungssystem wie wir durchlaufen haben, lassen ihre Kinder nicht mehr gegen Masern impfen, weil sie davon überzeugt sind, dass mit den Schutzimpfungen Krankheiten, Sender oder Ärgeres eingepflanzt werden.

Gleichzeitig geschehen Dinge, die so ungeheuerlich sind, dass man sie noch vor ein paar Jahren für die genial-böse Phantasie von Serien-Autoren gehalten hätte. Etwa dass die Vereinigten Staaten, die größte Militärmacht der Welt, in der zweiten Amtszeit Donald Trumps vom Verbündeten zu einem völlig unberechenbaren Irrlicht wurden – völkerrechtswidrige Angriffskriege, die ersatzlose Auflösung von US-Aid, der weltweiten Entwicklungshilfe-Organisation, das Anbiedern dieses Präsidenten an Diktatoren bei gleichzeitig bizarren Feindseligkeiten gegen die Verbündeten; dazu eine Wirtschaftspolitik, täglich so neu und zufällig wie aus dem Glücksspielautomaten. Die USA in ihrer derzeitigen Gestalt eines mächtigen bösen Clowns sind dafür verantwortlich, dass die Weltgemeinschaft durchgedrehten Schurkenstaaten nicht nur noch schwächer gegenübersteht als bisher schon, sondern manche von ihnen sogar aktiv bestärkt. Sie haben sich sogar selbst zum Teil in einen solchen verwandelt, wenn am hellichten Tag Menschen von pseudostaatlichen Organen unrechtmäßig deportiert oder gleich erschossen werden, wenn von diesem Staat Regierungschefs anderer Länder gekidnappt oder irrwitzige Gebietsansprüche erhoben werden können.

Aber wegen diesem giftigen und verwirrenden Antagonismus – einerseits glauben viel zu viele bodenlosen Unsinn, andererseits geschehen tatsächlich Unmengen unsinniger Bodenlosigkeiten – scheint es vielen schwer zu fallen, zu einer klaren politischen Haltung zu finden. Dabei ist fast egal, ob man sich eher dem konservativen oder dem linken Lager zurechnet – denn ich meine mit Haltung einfach, sich weiterhin für die Aufklärung, den Rechtsstaat, das Völkerrecht und die universalen Menschenrechte einzusetzen. Denn das muss der ethische Kompass bleiben.

Stattdessen viel Geschrei aus allen Richtungen, auch von vielen digitalen „Freunden“, das uns mit voller Absicht überfordert. Ständig werden uns Bekenntnisse oder Verurteilungen abverlangt, die viel zu kurz gegriffen sind, aber die Brücken zu anderen abbrechen. Gerade um seine Destruktivität zu überdecken, kommt das Geschrei mit einschüchterndem moralischem Furor daher. Mit den berühmten Worten Bruno Kreiskys möchte ich *Ihnen daher einmal ganz deutlich* sagen: Wer sich nur in den Medien, gar den sozialen, aufpudelt, in dem er dort schrille Forderungen erhebt, etwa dass irgendjemand ausgeladen oder abgelöst werden, dass jemand einen Preis, seinen Brotjob oder die politische Position verlieren soll, macht sich mitschuldig an der Zerstörung des zivilisierten Diskurses. Denn die publikumsstärksten Medien, also der Boulevard und Social Media bilden keineswegs unsere Realität ab, sondern geben nur verkürzte, toxische Zerrbilder davon. Ausschließlich dort irgendetwas zu tönen, ist weder eine moralische noch eine politische Tat. Denn das kostet ja nichts, es ist nur eine bequeme Art, verbale Gewalt auszuüben. Politische Entscheidungen und gesellschaftliche Veränderungen müssen weiterhin analog gestaltet, verhandelt und beschlossen werden, von Mensch zu Mensch, in Parlamenten, Ausschüssen, Parteigremien.

Der ungeheure digitale Lärm will uns davon ablenken, dass es diesen ethischen Kompass weiterhin gibt. Die Digitalmoderne hat vieles einfacher und schneller gemacht, aber durch gigantische Informations- und Reizüberflutung auch eine gefährliche kollektive Verunsicherung gebracht – Stichwort: „Was und wem kann man denn eigentlich noch glauben?!“ Sie hat, so hart muss man es wohl inzwischen sagen, viel Vertrauen und eine Menge demokratischer Strukturen zertrümmert. Ich habe schon oft darüber geschrieben, daher nur so viel: Zwei Berufsfelder, nämlich Politik und Journalismus, sind vom Tsunami der Digitalität am heftigsten und schnellsten verändert worden.

Und das hatte zerstörerische Auswirkungen, die man überall besichtigen kann, Auswirkungen auf den inneren Zusammenhalt von demokratischen Gesellschaften und ihre prinzipielle Regierbarkeit.

Aber hier sind auch Ansatzpunkte für ein Gegensteuern, für echte linke Politik: Man hat zwar zugelassen, dass ein alles verschlingendes kapitalistisches Riesenmonster entstehen konnte, ein Monopol, wie es die Geschichte noch nicht gesehen hat. Mit Google-Meta-Amazon-Apple-Microsoft liegt die gesamte technische Struktur des Digitalzeitalters in den Händen von nur fünf amerikanischen Konzernen. Spätestens, seit deren Chefs wie folgsame Lämmchen neben und hinter Donald Trump standen, als er vor zwei Jahren ins Amt erneut eingeführt wurde, hätte uns das alarmieren müssen. Unsere Daten und, noch viel kritischer, alle unsere staatlichen, militärischen und kommunikativen Strukturen sind inzwischen abhängig von dieser Handvoll Firmen, von dieser Handvoll Männer. In ihrem Schlepptau strömen weitere Unternehmen mit äußerst inhumanen Geschäftsmodellen ein, etwa Palantir von Peter Thiel, deren höchst fragwürdige Software auch von europäischen Ermittlungsbehörden eifrig angekauft wird. Und wer vermeintlich gescheit oder auch: sehr zynisch ist, kauft deren Aktien.

Wenn wir uns Bruno Kreisky heute vorstellen, dann fehlt uns sein Realitätssinn, seine Realpolitik und seine unbeirrte Urteilsfähigkeit. Dass aber eine schlagkräftige linke Politik, die sich für ein würdiges Leben aller Menschen anstatt für die Bedürfnisse von Aktienmärkten einsetzt, heute noch wichtiger ist als je zuvor, wäre ganz leicht zu begründen: Dazu braucht man sich nur die weltweite Verteilung des Reichtums anschauen, die mit jedem Tag ungerechter wird. Ein paar Superreiche besitzen immer mehr vom Ganzen, während Milliarden von Menschen stagnieren oder ärmer werden.

Der französische Ökonom Thomas Piketty brachte es schon vor über einem Jahrzehnt auf die einfache Formel: *r ist größer als g*, also die Rendite auf Aktiengewinne ist in den meisten westlichen Demokratien größer als das Wachstum der Löhne. Alle, die nur ihr Geld für sich arbeiten lassen, verdienen Tag für Tag mehr als jene, die für Geld arbeiten. So lange das so bleibt, werden die Unterschiede zwischen den Reichen und dem Rest in entgegengesetzte Richtungen rasen. Dann wollen die Superreichen ihre gigantischen Gewinne ja auch noch anlegen, etwa in Immobilien, und kaufen normal arbeitenden Menschen den knappen Wohnraum weg. Kein Staat kann so viel bauen, wie von Investoren weggekauft wird. Diese Zusammenhänge sind keineswegs neu, aber es wird doch verdammt wenig darüber gesprochen.

Nun haben wir die enorme blaue Welle der Demokraten bei den US-amerikanischen Midterm-Wahlen letzte Woche gesehen, und ein Jahr davor den Sieg von Zohran Mamdani in New York – endlich einmal gute Nachrichten für linke Politik. Aber wenn Sie nach Berlin schauen, die Stadt, in der ich seit 27 Jahren lebe, werden Sie vielleicht schon wieder unsicher. Haben Sie hier in Wien auch überwiegend gehört, dass die Wahlsiegerin, die Berliner Partei Die Linke mit einer jungen türkischstämmigen Frau an der Spitze sehr gefährlich sei, weil sie aus Antisemiten und kriminellen Clans besteht? Eine ungeheuerliche politische und mediale Kampagne versucht seit Wochen, Sozialdemokraten und Grüne von dieser Koalition abzuhalten.

Ähnlich abwegige und diffamierende Vorwürfe wurden in ihren jeweiligen Wahlkämpfen den anderen ebenso gemacht, Mamdani in New York, ganz besonders zuletzt dem demokratischen Kandidaten Abdul El-Sayed in Michigan, dem es dennoch gelang, zum ersten muslimischen Senator der USA gewählt zu werden. Deren Schlammschlachten sind bloß viel weiter weg, daher hierzulande weniger bekannt.

Doch auch in Berlin sind es vor allem Schlammschlachten, machen Sie sich darüber mal keine Illusionen. Überall auf der Welt wird seit einiger Zeit wieder kräftig die *Red Scare* geschürt, die Angst vor linker, sozial gerechter Politik, die man als kommunistisch und schlimmeres bezeichnet, während doch gleichzeitig dieser freie Markt, der sich noch nie selbst reguliert hat, völlig aus dem Ruder gelaufen ist und nur den Allerreichsten phantastische Gewinne bringt.

Und während – das sage ich mit dem größten Bedauern – die europäische Sozialdemokratie orientierungslos taumelt, da niemand den Mut findet zu sagen, dass sich sehr vieles ändern wird müssen, und zwar an diesem korrupten Wirtschaftssystem, und stattdessen um letzte Wählerstimmen zitternd nur ein zaghaftes Weiterso propagiert, mit ein paar Reförmchen hier und da, wie beispielsweise der sogenannten Steuerreform in Deutschland, die niemandem etwas bringt und die keiner versteht.

Schauen wir uns das am Beispiel von Berlin etwas genauer an: Die Linke dort unterscheidet sich von den konkurrierenden Parteien (CDU, SPD, Grüne) vor allem in zwei Punkten: Dass sie ihren Wählern vermitteln konnte, die wahrlich dramatische Wohnungsnot in Berlin ernst zu nehmen. Daher fordert sie, wie bereits ein erfolgreiches Volksbegehren vor fünf Jahren, die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne. Über 57 % der Berliner Wähler stimmten 2021 dafür. Das Grundgesetz, die deutsche Verfassung, hält diese Möglichkeit durchaus bereit: Grund und Boden, und das meint auch Wohnungen, Naturschätze und Produktionsmittel können *in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt* werden – gegen Entschädigung natürlich. Die politische Frage, die vorliegt, ist eigentlich nicht sehr kompliziert: Ist Wohnen, gerade in Zeiten von drängender Wohnungsnot, ein Grundrecht, oder sollen Mietwohnungen, auf die in Berlin insgesamt 84% der Einwohner, also 3,3 Millionen Menschen angewiesen sind, in großem Stil Spekulationsobjekte sein?

Sollen Mieten Aktiengewinne generieren, ja oder nein? Die Initiative von 2021 wollte dabei gar nicht alle konzerneigenen Wohnungen vergesellschaften, sondern nur alles, was über 3.000 Wohnungen hinausging. Inzwischen wurde diese Freigrenze auf 10.000 Wohnungen angehoben. Doch allein dem börsennotierten Vonovia-Konzern gehören in Berlin 140.000 Wohnungen.

Ob sich sich andere oder bessere Wege finden ließen, die dramatische Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu entspannen - dazu hat man bisher leider keine Vorschläge gehört. Was man hört, ist der den empörte Schrei „Enteignung“, und das sogar von jenen längst pensionierten Politikern, die in den Jahrzehnten davor das ganze Schlamassel verschuldet haben, in dem sie enorme Mengen landeseigener Wohnungen an Investoren verkauft haben. Stellen Sie sich vergleichweise einmal vor, man hätte einen Großteil der Wiener Gemeindebauten an internationale Immobilienspekulanten verkauft.

Aber das andere Thema, an dem sich die Partei Die Linke von ihren Mitbewerbern deutlich unterscheidet, ist der neuralgische Schmerzpunkt unserer Zeit: Israel und der Krieg in Gaza. Seit sich die Partei Die Linke im Mai vor einem Jahr zu einer Definition von Antisemitismus bekannt hat, die von den weltweit führenden Antisemitismus- und Holocaustforschern, zum überwiegenden Teil Juden und Israelis, erarbeitet worden ist, wird sie in den meisten großen deutschen Medien als Partei von Antisemiten und Israelfeinden diffamiert. Falls Sie jetzt glauben, Sie hätten sich gerade verhört oder ich würde unlogischen Unsinn reden: Leider nicht. Renommierte jüdische Experten haben eine Menge Arbeit hineingesteckt, um eine ungenaue Antisemitismusdefinition, die längst sogar von ihren eigenen Autoren kritisiert wird, nachzuschärfen. Doch wer ihnen darin zustimmt, wird öffentlich zum Antisemiten gemacht, auf jeden Fall zum Israelfeind.

Und das bringt uns wieder zurück zu Bruno Kreisky. Er, der in der Nazizeit aus Österreich fliehen musste und einen Großteil seiner Verwandten im Holocaust verloren hat, war zeitlebens den gleichen ungeheuerlichen Anfeindungen ausgesetzt, weil er sich als

einziger Regierungschef seiner Zeit aktiv für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat einsetzte. Doch die Lage damals – Kreisky nannte es 1988 „das tägliche Morden“ - mit der heutigen zu vergleichen, bricht einem schier das Herz. Gaza ist verwüstet, auf viele Jahre unbewohnbar, die Leichen liegen noch unter dem Schutt, die Hunde fressen daran. Zehntausende Kinder sind verwaist, Zehntausende Menschen haben Gliedmaßen verloren, an die 100.000 sind tot und täglich sterben weitere, trotz eines angeblichen Waffenstillstands. Sie sterben an neuen israelischen Angriffen sowie an der katastrophalen humanitären Lage. Die deutsch-amerikanische Philosophin Susan Neiman, eine jüdische Vordenkerin sowohl in Moralphilosophie sowie den Grundlagen linker Politik, sagte erst vor ein paar Tagen in einem Interview: „Der Genozid muss aufhören. Erst dann sorge ich mich über Antisemitismus“. Damit will sie die falsche Perspektive korrigieren, die besonders in Deutschland und Österreich weit verbreitet ist: Man kann nicht einfach alles als Antisemitismus verdammen, was in den überwiegenden Fällen ein begründbarer Zorn auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen Israels ist.

Was ich Ihnen also heute, zur Eröffnung der neuen Dauerausstellung zu Bruno Kreisky eigentlich nur sagen will: Echte linke Politik in dieser so kompliziert und explosiv gewordenen Welt ist nicht nur möglich, sondern unumgänglich nötig. Beeindruckend dabei ist: Bei allen Unterschieden zu damals würde Kreisky heute die Kriterien dafür vermutlich nicht anders definieren. Kartelle und Monopole sind schädlich, sie müssen ausgehebelt und bekämpft werden, ebenso wie Kriegsverbrechen benannt und geahndet werden müssen, ganz egal, wer sie begeht. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert und die Würde aller Menschen muss im Zentrum jeder linken Politik stehen.

Für einen Umbau des gefrässigen enthemmten Kapitalismus in ein „antifaschistisches Wirtschaftspolitik“ liegen dank der Ökonomin Isabella Weber gerade neue interessante Ideen vor. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, dass manche mit Bitcoin Millionen schürfen, während in den europäischen Großstädten die Armut und die Obdachlosigkeit immer sichtbarer wird. Wie immer braucht es eine ganze Menge Mut, Weitsicht und ein starkes Durchhaltevermögen, alles das, was Bruno Kreisky in so beeindruckendem Ausmaß besessen hat. Und deshalb fehlt er uns so bitter, aber gerade deshalb wird er solch ein gutes Vorbild bleiben.